

Kavallerie wird abgeschafft

Der Nationalrat schliesst sich mit 91 zu 71 Stimmen dem Ständerat an

Am Dienstag, 9.45 Uhr, kam der Nationalrat auf die Frage der Kavallerie zurück, nachdem sich der Ständerat mit 26 zu 15 Stimmen für deren Abschaffung ausgesprochen hatte, um den Panzertruppen die nötige Mannschaft zuteilen zu können. Der Nationalrat hatte sich im Herbst bekanntlich für die Beibehaltung von 12 Schwadronen (bisher 18) entschieden. Nationalratspräsident Franzoni bat um Kürze der Voten, da die materiellen Fragen ja bekannt seien.

Die Haltung der Militärkommission

Für die Militärkommission gab Müller (freis, Solothurn) bekannt, dass diese mit 10 zu 5 Stimmen beschlossen hat, Zustimmung zum Beschluss des Ständerates zu beantragen.

Das Resultat des Ständerates lasse an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig.

Der Kavallerie sei Sympathie jedoch keineswegs versagt worden. Es gehe aber um die Verstärkung der Armee. Die vier Mitglieder der Kommission, die ihre Meinung änderten, hätten sich die Sache nicht

Ein «Dragoner», der belebt

dds. Auch wenn der Nationalrat die Abschaffung der Kavallerie beschlossen hat – im Waadtland wird es weiter «Dragoner» geben. So nämlich haben die Weinbauern ihren Jahrgang 1972 getauft, der vom Office des vins vaudois als «gut» bezeichnet wird.

leicht gemacht. Sechs Schwadronen wären eine glückliche Lösung, so dass die Kommission, wenn sie dem Ständerat nicht zugestimmt hätte, an 12 Schwadronen hätte festhalten müssen.

Entscheidend waren materielle Gründe. Jeder Franken sei für den optimalen Kampfwert der Armee zu verwenden.

Die 10 Millionen Franken für die Kavallerie wären nicht mehr zu verantworten. Das Schweizer Volk verstände einen Verzicht auf ein Erdkampfflugzeug und die gleichzeitige Aufrechterhaltung der Kavallerie nicht. Es sei eine Uebergangszeit von drei bis vier Jahren vorgesehen. Die 3800 Kavalleriepferde des Bundes würden nicht zur Schlachtbank geführt werden. Französisch referierte Bochatay (cyp, Wallis).

Für die Kommissionsminderheit beantragte Baumann (svp, Aargau) Festhalten an 12 Schwadronen. Man sollte ein Wehrpotential nicht zerstören. Vom Departement und der Verwaltung aus habe man einen Zermürbungsprozess eingeleitet. Er fragte, was die besten Panzerverbände nützen, wenn der Raumschutz fehle. Der Redner verwies auch auf die Petition. Auch dem Train würde es schliesslich «an den Kragen gehen». Er wies die Behauptung zurück, dass Trainleute «Knechtendienste» für Dragoner hätten leisten müssen. Der Nationalrat solle sich durch den Entscheid des Ständerates nicht beeindrucken lassen.

Es hatten sich 13 Redner eingeschrieben, die Redezeit wurde auf zehn Minuten beschränkt.

Debatte wird zum Rückzugsgefecht

Thévoz (lib, Waadt) betonte den Wehrgeist der Kavallerie und die einhellige Haltung der Welschschweiz zu ihren Gunsten. Schalcher (ev, Zürich) war für den mass-

vollen Kompromiss von 12 Schwadronen. Es habe schon genügend Wühlmäuse gegen die Armee. Haller (soz, Aargau) war für die Abschaffung der Kavallerie, man dürfe keine Mittel vergeuden. Gewiss, der Schlussstrich sei schmerzlich. Bommer (cyp, Thurgau) war für Festhalten an 12 Schwadronen, aus wehrpsychologischen Gründen.

Degen (svp, Basel-Land) war gegen den Beschluss des Ständerates. Noch nie habe er so viele empörte Telefonanrufe wie nach diesem Beschluss erhalten. In bezug auf den Pferdetransport habe Bundesrat Gnägi im Ständerat mit falschen Zahlen operiert. Die Dragoner hätten hier eine ausserordentliche ausserdienstliche Tätigkeit aufzuweisen. Tissières (cyp, Wallis) sprach ebenfalls zugunsten der Kavallerie.

Allgöwer (Idu, Basel-Stadt) bemerkte, dass der Ursprung der Kavallerie-Misere bei den Bauern liege, weil diese keine Pferde mehr hätten. Er war für den Beschluss des Ständerates. Es zähle allein das militärische Argument der Kampfkraft. Schwarzenbach (rep, Zürich) sprach zugunsten der Kavallerie. Der Ständerat habe den «Hosenschlotter» erhalten. Dürrenmatt (lib, Basel-Stadt) erzielte einen Heiterkeitserfolg, als er gegenüber Schwarzenbach – dieser hatte sich auf ein Gedicht von Ueli Dürrenmatt berufen – mitteilte, dieser habe das Gedicht nur deshalb nicht zitieren können, weil es gegen die Kavallerie gerichtet sei! Chevallaz (freis, Waadt) setzte sich als weiterer Welscher für die Kavallerie ein. Präsident Franzoni erteilte dann Schwarzenbach das Wort zu einer persönlichen Erklärung und fügte bei: «Wir sind bei der Kavallerie und nicht bei den Dichtern!» Darauf las Schwarzenbach das Gedicht doch noch vor (von der Tribüne wurde Beifall gesendet, worauf der Präsident die Besucher ermahnte, Kundgebungen zu unterlassen). Dürrenmatt gab bekannt, dass er dem Rat das kräftigere Gedicht seines Grossvaters vervielfältigt werde zustellen lassen.

Baumberger (freis, Appenzel A. Rh.) war für Abschaffung der Kavallerie. Die Landwirtschaft habe in ihren eigenen Reihen die Mechanisierung schon weiter getrieben als die Armee. Wagner (soz, Basel-Land) war nach wie vor für die grosse Mehrheit der Fraktion für Auflösung der Kavallerie.

Ueltschi (svp, Bern) gab namens der Mehrheit der SVP eine Erklärung zugunsten der Kavallerie ab. Sie sei je länger je mehr vom Wert einer Reiterwaffe überzeugt. Durch die Abschaffung würde der Wehrwille in der Armee «ganz massiv» geschwächt. Insbesondere dürfe die Kavallerie nicht das Opfer eines unverständlichen Flugzeugentscheides des Bundesrates werden. Gehler (svp, Bern) sprach in gleicher Richtung. Baechtold (soz, Waadt) war ebenfalls für 12 Schwadronen.

Feste Haltung von Bundesrat Gnägi

11.45 Uhr erhielt Bundesrat Gnägi, Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, das Wort. Er setzte sich zuerst mit den Voten auseinander. Auf die Traintruppe werde man in absehbarer Zeit nicht verzichten können; das Trainpferd werde beibehalten. Bei der EMPFA habe man einen Unterbestand von 70 bis 80 Personen, das sei nicht gesteuert. Daher hätten Trainleute beim Wärterdienst mithelfen müssen. Die Beamten der Anstalt seien für vier Jahre ohne Vorbehalt wiedergewählt worden. Werde diese aufgehoben, werde man sie anderswo beschäftigen müssen. Den Kavalleristen dankte er für ihren Einsatz. Der Geist sei gut, solcher sei aber auch bei den andern Truppen vorhanden. Die Angaben über den Pferdesport habe er von der Abteilung für Leichte Truppen er-

halten. Er glaube nicht, dass der Ständerat den «Hosenschlotter» bekommen habe. Die Frage sei vielmehr einlässlich geprüft worden.

Er rief sodann nochmals die drei Punkte in Erinnerung, die den Bundesrat veranlassten, den Antrag auf Abschaffung der Kavallerie zu stellen.

Die 170 Schweizer Panzer seien im Anrollen und müssten bemannt werden. Sodann befinde sich das EMD in einem finanziellen Engpass.

Die Beibehaltung der Kavallerie würde jedoch Investitionen bedingen. Es würden etwa 60 Millionen Franken erforderlich sein. Die wiederkehrenden Kosten würden pro Jahr 12 Millionen Franken betragen. Er war der Auffassung, dass der «Graben» zwischen Deutsch- und Welschschweiz überbrückt werden könne, da es nur um einen militärischen Teilbereich gehe.

Von der Jugend wissen wir, dass sie kritischer ist als die frühere Generation. Wir müssen glaubwürdige Massnahmen treffen.

Er ersuchte um Zustimmung zum Ständerat. 12.05 Uhr konnte abgestimmt werden.

Der Entscheid

Mit 91 zu 71 Stimmen stimmte der Nationalrat dem Ständerat zu und sprach sich damit ebenfalls für Abschaffung der Kavallerie aus.

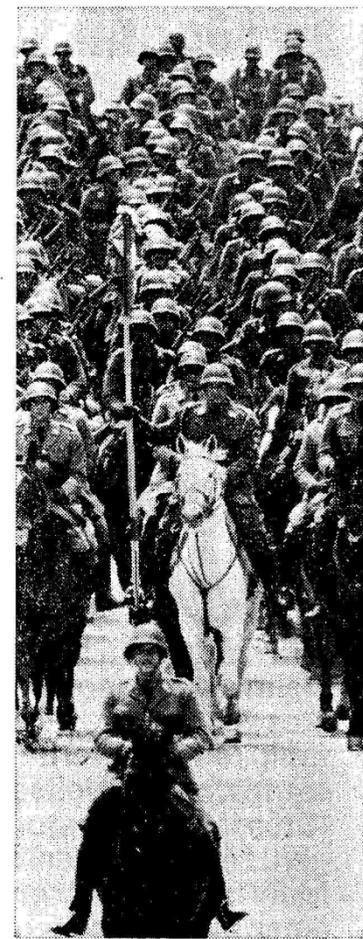
Eine Motion Hubacher betreffend Gesamtverteidigung und Friedenssicherung wurde als Postulat entgegengenommen. Eine Motion Albrecht (cyp, Nidwalden) forderte die Verstärkung der Panzerabwehr der Infanterie-Divisionen. Wie von Bundesrat Gnägi zu erfahren war, ist die Frage bereits in Prüfung. Die Massnahmen werden nicht vor 1975 realisiert werden können. Die Motion wurde entgegengenommen. – Schluss 12.45 Uhr.

Verbesserung der Exportrisikogarantie

Der Nationalrat stimmt zu

Seit bald 40 Jahren kennen wir nun die Exportrisikogarantieversicherung des Bundes. Seither wurden viele Milliarden Franken vom Bund garantiert. Seit 1934 wurden für Schäden netto 11 Millionen Franken ausbezahlt. Die Verluste waren aber durch die Gebühreneinnahmen nicht nur voll gedeckt, sondern es konnte noch eine Reserve von 144 Millionen Franken geschaffen werden. Im Hinblick auf die finanziellen Engpässe der Entwicklungsländer wird allerdings ein Ansteigen der Verluste erwartet. Nun stellte sich die Frage der Währungsrisiken. Ihre Deckung ist im Gesetz vom 26. September 1958 vorgesehen, hat aber praktisch wenig Wirkung. Um die Lücke zu schliessen und der schweizerischen Exportindustrie die Möglichkeit einer wirksamen Absicherung gegen Währungsrisiken zu geben, beantragte der Bundesrat den eidgenössischen Räten mit Botschaft vom 13. September 1972, die in den Artikeln 6 und 11 enthaltene Selbstkostenklausel aufzuheben. Damit wird eine Annäherung an die Deckungsmöglichkeiten der ausländischen Konkurrenz erreicht, ohne dass aber eine völlige Gleichstellung erreicht wird. Für die Ausenwirtschaftskommission des Nationalrates, der die Priorität besitzt, referierten zustimmend Weber (freis, Schwyz) und Felber (soz, Neuenburg).

Reich (rep, Zürich) beantragte Nichteintreten. Es handle sich um eine «ungerechtfertigte Gruppenprivilegierung». Die Vorlage sei «schizophren». Unsere Kapazitäten seien weit überfordert. Er übte Kritik an der Exportwirtschaft. Man solle vom



Nach dem Entscheid des Nationalrates, dem die Kleine Kammer letzte Woche vorgegangen war, wird die Kavallerie in der Armee verschwinden – die Dragoner werden zu Panzersoldaten umgeschult. (ph)

Subventionssystem auf ein selbsttragendes Versicherungssystem umstellen.

Die Diskussion

Rüegg (freis, Zürich) bestritt anhand von Zahlen, dass der Bund eine gefährliche Garantie eingegangen sei. Für jeden Fall werde ein Vertrag abgeschlossen, auf einen solchen bestehe aber kein Rechtsanspruch. Bei der Neuerung gehe man nicht so weit wie andere westeuropäische Länder. Es liege im Interesse des Staates, dass die Exportindustrie ihre langfristig aufgebauten Märkte erhalten könne. Von einer Gruppenprivilegierung könne nicht die Rede sein. Er lehnte den Antrag Reich ab. Für die Vorlage votierten noch Tschoop (cyp, Basel-Landschaft) und Villard (soz, Bern).

Bundesrat Brugger trat den Ausführungen von Reich entgegen. In andern Ländern würden die Risiken zu 100 Prozent übernommen, während man bei uns weniger weit gehe. Dagegen habe er für konjunkturelle Ueberlegungen Verständnis. Hätte man im Sommer gewusst, dass es in der Dezembersession zu Dringlichkeitsmassnahmen gegen die Inflation käme, hätte man diese Vorlage noch etwas hinausgeschoben. Hier gehe es jedoch um langfristige Massnahmen. Es könnten härtere Zeiten kommen, wo man dann über solche Instrumente froh sei. Für den EWG-Raum brauchten wir diese Garantie nicht, sondern für Drittländer. Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern wären ohne diese Garantie nicht denkbar. Man solle auch an die kleineren und mittleren Betriebe denken. Hier gehe es um Tausende von Betrieben.

Eintreten wurde daraufhin mit 130 zu 8 Stimmen beschlossen, die Vorlage mit 125 zu 8 Stimmen genehmigt. Sie geht an den Ständerat.

Nufenenstrasse

Mit 108 zu 0 Stimmen wurden die zusätzlichen Bundesbeiträge von total 4,85

Der Fahrplan für den Dämpfungskatalog

Am Montag, 4. Dezember, fasste der Bundesrat seine Beschlüsse zur Dämpfung der Ueberkonjunktur.

Die weiteren Daten

Mittwoch, 6.12.: Uebergabe der Botschaft an alle Ratsmitglieder; 15 Uhr Pressekonferenz.

Freitag, 8.12.: Gemeinsame Sitzung beider Kommissionen, Erklärungen des Bundesrates. Anschliessend: Pause für Besprechungen unter den Mitgliedern; nach-

Mehr PS

ft. Weniger Pferde, dafür mehr Pferdestärken – mit diesen Worten lässt sich der Entscheid des Nationalrates umschreiben, die Kavallerie aufzulösen. Die Dragoner satteln um auf den Schweizer Panzer 68. Die berittene Truppe, die dem modernen Kampf nicht mehr gewachsen ist, wird in kampfkraftige gepanzerte Verbände umgeschult. Die Armee wird durch diese Massnahme, von der eine Truppe mit einem anerkannt guten Korpsgeist betroffen wird, als ganzes gestärkt.

Der Entscheid, die Kavallerie der Bestandeskrise in der Armee zu opfern, ist keinem leicht gefallen. Und es brauchte zuerst das eindeutige Votum der Kleinen Kammer gegen die Beibehaltung der Kavallerie, um den Nationalrat von seinem in der Septembersession gefassten Kompromiss (zwölf Schwadronen) abzubringen. Ausschlaggebend dafür war die inzwischen sichtbar gewordene ernste Lage des Bundes auf finanziellem Gebiet, die den «Luxus» einer zwar liebenswerten, aber anachronistisch gewordenen Truppengattung verbot.

Die Befürworter der Kavallerie kämpften in der Volkskammer ein Rückzugsgefecht. Sachargumente zugunsten der Dragoner wurden praktisch keine mehr vorgebracht, und die Voten waren nur noch verzweifelte und resignierte Appelle an das Mitgefühl der Räte, die sich indessen in der Mehrzahl ihre Meinung bereits gebildet hatten. Nur aus dieser Situation heraus ist es verzeihlich, dass von einzelnen Rednern der «Geist» der Kavallerie so hochgelobt wurde, dass der Eindruck entstehen musste, der Rest der Armee bestehe nur noch aus einem Haufen schlapper Soldaten.

Die Jugend in unserem Land ist zwar der Armee gegenüber kritischer eingestellt als ihre Väter. Aber sie ist – anders als das die Reden einiger Parlamentarier im Landwehralter wahrhaben wollen – durchaus bereit, ihren Beitrag an eine glaubwürdige Landesverteidigung zu leisten. Der Entscheid, die Kavallerie abzuschieben, ist gerade auch in dieser Hinsicht positiv zu werten. Die Dragoner aber, so schmerzlich für sie der Verzicht ist, werden ohne Pferde nicht weniger gute Soldaten sein als bisher. Die Panzertruppen, so sagte es einmal Oberstdivisionär Hüsey, sind eine «Kavallerie mit 650 PS».

Millionen Franken in Uebereinstimmung mit dem Ständerat genehmigt. Auf das Tessin entfallen 2,7, auf das Wallis 2,15 Millionen Franken.

Mittwoch, 6. Dezember, 8 Uhr

Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung. Nachher getrennte Sitzungen der Räte. Nationalrat: SBB-Voranschlag 1973, persönliche Vorstösse.

Neuer SP-Fraktionschef

dds. Nationalrat Richard Müller (Bern) ist zum neuen Präsidenten der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung gewählt worden. Er tritt die Nachfolge des letzte Woche zum Vizepräsidenten der Volkskammer gewählten Anton Muheim (Luzern) an.



Kavallerie-Prominenz auf der Tribüne beim «letzten Gefecht»

Der Präsident der Vereinigung schweizerischer Kavallerieverbände, Oberst Adolf Meyer, Kommandant des Dragoner-Regiments 1, (ganz rechts) hat sich mit seiner Frau auf der Publikumstribüne eingefunden, um die Kavalleriedebatte mitzuverfolgen. Angesichts des Entscheides kaum mit Begeisterung. (hgb)

Reihenflüge konzessionspflichtig

Die Eidg. Luftfahrtkommission nimmt Stellung

Nach Artikel 27 des Luftfahrtgesetzes bedarf die gewerbmässige Beförderung von Personen und Sachen auf gewerbmässig beflogenen Luftverkehrslinien einer Konzession; nach Artikel 163 der Vollziehungsverordnung hat das Eidg. Luftamt darüber zu wachen, dass unter dem Titel einer Bewilligung keine konzessionspflichtige Beförderung betrieben wird. Nun hat sich die Eidg. Luftfahrtkommission unter dem Vorsitz von alt Nationalrat Dr. P. Glasson mit dieser Abgrenzung beschäftigt und im Sinne einer Empfehlung an den Bundesrat einen neuen Artikel der Vollziehungsverordnung verabschiedet, welcher

die Einzelheiten regeln wird. Die wichtigste Bestimmung dieses Artikels stellt die Konzessionspflicht von Flugreihen fest, die sich über mehr als vier Wochen erstrecken und bei denen von Flugbetriebsunternehmen durchschnittlich vorgesehen werden: im Personenverkehr mehr als zwei Hin- und Rückflüge in der Woche mit Rückkehr der Besucher vor dem 7. Tag, im Frachtverkehr mehr als ein Flug in 14 Tagen. Im übrigen soll, etwas vereinfacht ausgedrückt, für Pauschalreiseflüge keine Konzessionspflicht bestehen. Es ist in Aussicht genommen, diese Bestimmungen auf den 1. November 1973 in Kraft zu setzen.